

# Gemeinsam stärker: Kooperationen zwischen Gemeinden erleichtern

Niederösterreichs Gemeinden stehen täglich vor großen Herausforderungen – von steigenden Kosten bis hin zu immer komplexeren Aufgaben in Verwaltung, Infrastruktur und Kinderbetreuung. Umso wichtiger ist es, vorhandene Ressourcen bestmöglich zu nutzen. Ein zentraler Hebel dafür sind verstärkte Kooperationen zwischen Gemeinden, die nicht nur Effizienz steigern, sondern auch die Qualität kommunaler Leistungen langfristig sichern können.

Derzeit stehen solchen Kooperationen jedoch oft steuerliche Hürden im Weg. Insbesondere die Umsatzsteuerpflicht bei der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden außerhalb großer Verbände erschwert viele sinnvolle Projekte. Genau hier kommt nun Unterstützung aus Niederösterreich: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner unterstützt die Forderung von Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl nach einer klaren steuerlichen Entlastung. Ziel ist es, Zusammenarbeit einfacher, attraktiver und vor allem praxistauglich zu gestalten. „Unsere Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes. Es kann nicht sein, dass sinnvolle Kooperationen durch steuerliche Hürden erschwert werden – hier braucht es rasch praxisnahe Lösungen“, betont Mikl-Leitner. Gerade in finanziell herausfordernden Zeiten sei es entscheidend, Zusammenarbeit zu fördern und nicht zu behindern.

## Bisher ungenutzte Möglichkeiten nutzen

Wie groß das Potenzial ist, zeigt sich in der Praxis: In Niederösterreich bestehen bereits über 600 Kooperationen – etwa in Schulverbänden, bei der Wasserversorgung oder in Verwaltungsgemeinschaften. Gleichzeitig gibt es noch zahlreiche ungenutzte Möglichkeiten, etwa bei Bauhöfen oder bei gemeinsamen Beschaffungen. Gerade kleinere Gemeinden könnten durch eine engere Zusammenarbeit ihre Strukturen effizienter gestalten und Kosten nachhaltig senken.

## Kooperation bei Bauhöfen

Ein konkretes Beispiel liefern die Gemeinden Neulengbach und Asperhofen. Die Bürgermeister Jürgen Rummel und Harald Lechner sehen großes Einsparungspotenzial durch eine Kooperation ihrer Bauhöfe. Gemeinsame Nutzung von Maschinen, abgestimmte Abläufe



© VFNÖ

**Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner: „Unsere Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes. Es kann nicht sein, dass sinnvolle Kooperationen durch steuerliche Hürden erschwert werden – hier braucht es rasch praxisnahe Lösungen.“**

und klare Aufgabenverteilung würden nicht nur die Effizienz steigern, sondern auch die Qualität der Leistungen verbessern. Derzeit verhindern jedoch steuerliche Rahmenbedingungen genau solche sinnvollen Schritte.

## Von Zusammenarbeit profitieren alle

Klar ist: Wenn Gemeinden enger zusammenarbeiten können, profitieren am Ende alle – die Verwaltung, die Gemeindebudgets und vor allem die Bürgerinnen und Bürger. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Bund die richtigen Rahmenbedingungen schafft und Zusammenarbeit nicht länger steuerlich benachteiligt. Denn starke Gemeinden sind die Basis für ein starkes Niederösterreich. ■■■

### POLITISCHE ANZEIGE

Der Sponsor dieser Seite ist die Volkspartei Niederösterreich. Die Anzeige steht im **Weitere Informationen** unter <https://ttpa.kommunalverlag.at/pa/26001>